

NRW soll Industrie- und Energieland Nr. 1 bleiben – Arbeitsplätze sichern, neue Strafabbgaben verhindern

Beschluss der FDP-Landtagsfraktion vom 24. März 2015

I. Energiewende mit Marktwirtschaft zum Erfolg führen

NRW ist die industrielle Herzkammer Deutschlands. Die industrielle Produktion steht am Anfang einer langen Wertschöpfungskette und nimmt damit eine Schlüsselposition ein. Diesem industriellen Kern ist es zu verdanken, dass Deutschland sicherer durch die Wirtschafts- und Finanzkrise gekommen ist als andere Staaten. Der industrielle Kern stellt uns aber auch vor Herausforderungen, weil in Nordrhein-Westfalen aufgrund der Ballung energieintensiver Betriebe jede energiepolitische Veränderung besonders stark zu spüren ist.

Nordrhein-Westfalen benötigt wirtschaftliche Entwicklung. Sie ist die Grundlage für Wohlstand, Wachstum und die Schaffung von sozialversicherungspflichtigen Ausbildungs- und Arbeitsplätzen in unserem Land. Wirtschaftliche Entwicklung am Standort NRW erfordert Kalkulations- und Investitionssicherheit.

In NRW sind **17.000 Industrieunternehmen mit rund 1,4 Millionen sozialversicherungspflichtigen Erwerbstätigen darauf angewiesen, jederzeit mit bezahlbarem Strom versorgt zu werden.** Gleichzeitig zählen die deutschen Industriestrompreise zu den höchsten in Europa, im internationalen Wettbewerb sind Strompreise zunehmend die entscheidenden Standortfaktoren. Die energieintensive Industrie mit über 220.000 direkten Beschäftigten gehört zu den Treibern von Wachstum, Wohlstand und Beschäftigung in unserem Land und ist gleichzeitig Motor der Energiewende. **In Nordrhein-Westfalen steht beispielsweise der Stahlstandort aufgrund von europaweiten Überkapazitäten im intensiven internationalen Wettbewerb.** Auch viele andere Branchen fallen aufgrund steigender Energiepreise immer weiter zurück – Investitionen und Arbeitsplätze werden bereits heute ins Ausland verlagert.

Nordrhein-Westfalen hat – neben Saarland und Rheinland-Pfalz – in diesem Jahrzehnt die schlechteste wirtschaftliche Entwicklung aller Flächenländer in Deutschland eingeschlagen und ist damit zum Bremsklotz für die wirtschaftliche Entwicklung in ganz Deutschland geworden. Hierzu tragen alle politischen Ebenen bei.

Auf europäischer Ebene wird gegenwärtig das Herzstück des europäischen Klimaschutzes, der europäische Emissionshandel, reformiert. Auf Vorschlag der EU-Kommission soll das marktwirtschaftliche System durch ein zusätzliches Regulierungsinstrument ausgehebelt werden. **Mit der Einführung dieser „Marktstabilitätsreserve“ werden willkürlichen Eingriffen in den Emissionsmarkt Tür und Tor geöffnet** und den am Emissionshandel teilnehmenden Unternehmen Kalkulationssicherheit genommen.

Europaweit soll der Treibhausausstoß bis zum Jahr 2030 im Vergleich zum Jahr 1990 um 40 Prozent gesenkt werden. Die Bundesregierung hat sich dagegen zum Ziel gesetzt, in Deutschland die enorme Kraftanstrengung bereits bis zum Jahr 2020 erreichen zu wollen. Wie dieses Ziel erreicht werden soll, hat Bundeswirtschaftsminister Gabriel mit seinen kürzlich vorgelegten Eckpunkten zur Strommarktreform deutlich gemacht: Die Bundesregierung setzt auf einen nationalen Alleingang beim Klimaschutz, der Wettbewerbsfähigkeit der Energiewirtschaft sowie der Industrie und damit Arbeitsplätze leichtfertig aufs Spiel setzt. Künftig sollen Kraftwerke die älter als 20 Jahre sind, mit einer „Klimastrafabgabe“ belastet werden.

Die vorgesehene Entwertung von Emissionszertifikaten für bestimmte Kraftwerke ist ein verheerender Eingriff in den europäischen Emissionshandel, diskriminiert vor allem nordrhein-westfälische Kraftwerke und ist rechtlich äußerst fragwürdig.

Allein im Rheinischen Revier sind durch diese Pläne über 10.000 Arbeitsplätze in der Energieerzeugung gefährdet, obwohl die Kraftwerke bereits überwiegend mit modernster Leittechnik nachgerüstet wurden und vergleichsweise effizient sind. Hinzu kommen rund 40.000 weitere Arbeitsplätze, zumeist im Handwerk, in mittelständischen Zulieferfirmen.

Die „Klimastrafabgabe“ betrifft aber mitnichten allein Kraftwerke der allgemeinen Versorgung. **Die Gabriel-Pläne beziehen unterschiedslos auch die industrielle Eigenstromversorgung ein und belasten diese ebenfalls. Auf Kosten der Versorgungssicherheit führt die Zwangsabschaltung von Kraftwerken zu weiter steigenden Strompreisen für Wirtschaft, Industrie und Verbraucher und vernichtet tausende Arbeitsplätze.**

II. NRW braucht verlässliche Rahmenbedingungen

Wettbewerbsfähigkeit für die Industrie erhalten heißt optimale Rahmenbedingungen sowie Planungssicherheit für den Wirtschaftsstandort Nordrhein-Westfalen schaffen.

- Bürokratische Hürden und wachstumsschädliche Maßnahmen wie das Klimaschutzgesetz, oder das Tariftreue- und Vergabegesetz müssen beseitigt werden.
- Das Investitionsklima wird maßgeblich durch den Landesentwicklungsplan mitbestimmt. Er muss deutlich zu erkennen geben, dass Investitionen und die Schaffung von Arbeitsplätzen in NRW erwünscht sind.
- Wir setzen uns dafür ein, den europäischen Emissionshandel zu stärken und zu entwickeln, statt weiter auf volkswirtschaftlich gefährliche nationale Alleingänge in der Energie- und Klimapolitik zu setzen.
- Wir sehen Chancen darin, dem Wärmemarkt neue Impulse zu geben und die steuerliche Förderung der energetischen Gebäudesanierung voranzubringen.
- Die Wettbewerbsbedingungen des Standortes NRW dürfen nicht durch politisch verursachte Investitionsunsicherheiten, weiter steigende Energiepreise und höhere Belastungen im Zuge der Energiewende verschlechtert werden.
- Die Einführung einer „Klimastrafabgabe“ und Zwangsabschaltung von Kraftwerken ist abzulehnen

Nordrhein-Westfalen braucht neue Impulse – für Wachstum, Bildungschancen und eine positive Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt aber keinen ideologisch begründeten Arbeitsplatzabbau bei Stahl und Kraftwerken. In Verantwortung für die Menschen und Familien, die hinter diesen Arbeitsplätzen stehen, bekennt sich die Fraktion der Freien Demokraten mit einem klaren `Ja´ zum Wirtschafts- und Energiestandort NRW.